

Steigender Beratungsaufwand: Sachsen-Anhalts Landesverwaltung im Fokus

Sachsen-Anhalts Landesverwaltung setzt verstärkt auf externe Berater, mit über 40 Millionen Euro Aufträgen 2023. Finanzpolitikerin Heiß kritisiert die hohen Kosten.

25.07.2024 - 18:00

Mitteldeutsche Zeitung

Halle/MZ (ots)

Externe Dienstleister und ihre Rolle in der sachsen-anhaltischen Verwaltung

Die sachsen-anhaltische Landesverwaltung hat in den letzten Jahren einen alarmierenden Anstieg der Ausgaben für externe Berater und Dienstleister verzeichnet. Im Jahr 2023 beliefen sich die Verträge auf mehr als 40 Millionen Euro, was im Vergleich zur gesamten Wahlperiode von 2016 bis 2021 eine erhebliche Steigerung darstellt. Dieser Trend wirft Fragen über die Eigenständigkeit und Zukunftsfähigkeit der Landesverwaltung auf.

Die Finanzpolitische Perspektive

Kristin Heiß, Finanzpolitikerin der Linken, äußert sich kritisch zu den stark gestiegenen Kosten. Sie argumentiert, dass die Verwaltung in der Lage sein sollte, langfristige Herausforderungen, wie beispielsweise die Fachkräftegewinnung, eigenständig zu bewältigen. „Die

Verwaltung muss die Fähigkeit entwickeln, grundlegende Aufgaben ohne stetige externe Hilfe zu meistern“, so Heiß. Ihre Argumentation stützt sich auf die Tatsache, dass die Kosten, selbst ohne die Berücksichtigung von Projekten wie der Ansiedlung von Intel, gestiegen sind.

Gründe für den Anstieg der Ausgaben

Die Ursache für den Rückgriff auf externe Berater can in zwei Hauptfaktoren gesehen werden: der Ansiedlung des Chipherstellers Intel in Magdeburg und der umfassenden Digitalisierung der Verwaltung. Um die Herausforderungen, die mit diesen Projekten verbunden sind, zu bewältigen, wurde ein Rahmenvertrag in Höhe von 10,6 Millionen Euro vom Landeswirtschaftsministerium unter Sven Schulze (CDU) abgeschlossen. Dieser Vertrag zielt darauf ab, Fachkräfte für die Ansiedlung großer Unternehmen und deren Umfeld zu gewinnen.

Die Digitalisierung als zukunftsweisende Herausforderung

Das Digitalministerium, geleitet von Lydia Hüskens (FDP), hat im Jahr 2023 den größten Dienstleistungsvertrag mit dem IT-Dienstleister Dataport in Höhe von fast 14 Millionen Euro abgeschlossen. Dieser Vertrag hat die Aufgabe, IT-Strukturen für die öffentliche Verwaltung zu organisieren und zu optimieren. Die Unterstützung von Dataport, die auch in anderen Bundesländern wie Bremen und Hamburg tätig sind, ist für die effektive Umsetzung der digitalen Transformation von großer Bedeutung.

Fazit: Ein notwendiger Wandel oder ein gefährlicher Trend?

Die stark steigenden Ausgaben für externe Dienstleister werfen eine grundlegende Frage nach der Effizienz und

Selbstständigkeit der sachsen-anhaltischen Verwaltung auf. Während die Unterstützung durch externe Spezialisten in bestimmten Bereichen unerlässlich sein kann, besteht die Sorge, dass die dauerhafte Abhängigkeit von externen Beratern die Entwicklung eigener Kompetenzen und Fähigkeiten behindert. Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen interner Fachkompetenz und externer Unterstützung könnte der Schlüssel zur langfristigen Stabilität und Effizienz der Landesverwaltung sein.

Pressekontakt:

Mitteldeutsche Zeitung Marc Rath Telefon: 0345 565 4200
marc.rath@mz.de

Original-Content von: Mitteldeutsche Zeitung, übermittelt durch news aktuell

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)